

Zeitschrift: Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association suisse des électriciens, de l'Association des entreprises électriques suisses

Herausgeber: Schweizerischer Elektrotechnischer Verein ; Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen

Band: 70 (1979)

Heft: 24

Artikel: Energiesparen als übernationale Aufgabe

Autor: Kelly, P.

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-905462>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Energiesparen als übernationale Aufgabe¹⁾

Von P. Kelly

Die Erfahrungen der 70er Jahre haben gezeigt, dass Energie eingespart werden muss und dass eine nationale und internationale Energiepolitik nötig ist, um die künftige Energieversorgung zu sichern. Um diese Bestrebungen zu koordinieren und mögliche Massnahmen auf dem Energiesektor rechtzeitig vorzubereiten, haben sich die Industrieländer zur Internationalen Energie-Agentur (IEA) zusammengeschlossen. Einige der Grundsätze und Massnahmenbündel, auf die sich die IEA-Länder verständigt haben, sind nachfolgend erläutert.

Les expériences faites dans le courant des années 1970 ont fait ressortir la nécessité d'économiser l'énergie et de pratiquer une politique énergétique internationale, afin de pouvoir assurer l'approvisionnement futur en énergie. Dans le but de coordonner les efforts dans ce sens et de préparer à temps les mesures possibles, les pays industrialisés se sont groupés et ont constitué l'Agence Internationale de l'Énergie (AIE). Celle-ci a défini les principes et les séries de mesures exposés ci-après.

1. Allgemeine Energiesituation

In der öffentlichen Diskussion entsteht weithin oft der Eindruck, Energieeinsparung sei eine Frage des Verzichtens, sei es des teilweisen Verzichts auf bestehende oder erhoffte Annehmlichkeiten oder der weiteren Einschränkung individueller Entscheidungsspielräume durch administrative Reglementierung. Wir sehen das anders. Unserer Ansicht nach gibt es auch ohne Verzicht ein breites Feld von Massnahmen auf nationaler und internationaler Ebene zur Nutzung von Einsparungspotentialen, so dass die Energieeinsparung mittelfristig einen nicht geringen Teil der Energieversorgung der Industrieländer übernehmen kann, wenn diese Massnahmen ergriffen werden. Insofern kann man die Energieeinsparung oder, besser gesagt, die rationelle Energienutzung auch als Energiequelle betrachten.

Vorerst aber einige Worte zu der allgemeinen Energiesituation, d. h. zu der Frage, warum wir eigentlich Energie einsparen müssen und was an nationaler und internationaler Vorsorge – sprich: an nationaler und internationaler Energiepolitik – nötig und möglich ist, um die künftige Energieversorgung zu sichern. Dazu müssen wir einen Blick auf die aktuelle Lage und auf Erfahrungen der sich ihrem Ende zuneigenden 70er Jahre werfen. Im Zentrum steht dabei das Öl, das mit über 50 % Anteil an der westlichen Energieversorgung unser wichtigster Energieträger geworden ist und auch noch eine Zeitlang bleiben wird. Die Knappheit beim Öl hat Auswirkungen auf alle anderen Energieträger und natürlich auch auf die Sekundärenergien.

Das Jahr 1979 hat den westlichen Industriegesellschaften einen erneuten Ölschock gebracht. Am 26. Dezember 1978 stellte der Iran den Öllexport ein und produzierte bis Anfang März 1979 nur für den heimischen Bedarf. Ein Land mit einer Ölexportkapazität von rund 5 Mio Barrel/Tag (250 Mio t/a) fiel vorübergehend aus.

Zwar sprangen andere Länder ein und steigerten ihre Produktion. Aber wegen des kalten Winters war auch ein empfindlicher Anstieg des Ölverbrauchs zu verzeichnen. Es blieb deshalb ein Fehlbedarf. Nach unseren Berechnungen betrug er 2 Mio Barrel/Tag (100 Mio t/a), dies im Vergleich zu einem Weltölverbrauch von gut 50 Mio Barrel/Tag (2,5 Mia t/a).

Diese marginale Fehlmenge hat ausgereicht, das Preisgefüge an den internationalen Ölmärkten völlig durcheinanderzubringen. Nichts illustriert die gefährlichen Auswirkungen eines engen Ölmarktes besser: Das Nebeneinander von unterschiedlichen Preisforderungen der einzelnen OPEC-Länder und die hektischen Vorgänge an den Spot-Märkten in Rotterdam und anderswo haben dazu geführt, dass der Ölpreis Mitte dieses Jahres bereits um 60 % über dem Niveau von Dezember 1978 lag. Die durchschnittliche Preissteigerung betrug gut 7 Dollar pro Barrel und war damit etwa gleich gross wie der Preissprung von 1973/74.

Dies ist natürlich nur eine nominale Übereinstimmung. Sie zeigt aber immerhin, dass die ökonomische Tragweite der beiden Ölkrisen dieses Jahrzehnts vergleichbar ist. Auch wenn gegenwärtig ein physischer Mangel an Öl nicht spürbar ist – hierzu hat sicher auch der prompte Beschluss der IEA²⁾ im März dieses Jahres beigetragen, die Nachfrage ihrer Mitgliedsländer auf dem Welterdölmarkt um 5 % einzuschränken –, so werden die Verbraucher doch erneut einen Teil ihres Wohlstandes abgeben müssen, damit sie die nationalen Ölrechnungen bezahlen können. Was dadurch an heimischer Nachfrage ausfällt und nicht durch zusätzliche Exporte kompensiert wird, bedeutet für die Industrieländer Wachstumsverluste und Unterbeschäftigung. Für die Länder der Dritten Welt ist damit ausserdem der Verlust von Entwicklungschancen verbunden, denn ein immer grösserer Anteil ihrer knappen Devisenerlöse muss für Öl aufgewendet werden und fehlt für den Einkauf entwicklungspolitisch wichtiger Güter.

2. Zukünftige Entwicklung

Damit ist zugleich ein Stichwort gegeben für die künftige Entwicklung. Denn wenn der Energiebedarf der Welt weiter steigt, dann unter anderem deshalb, weil wir noch vor einem grossen Nachholbedarf der Entwicklungsländer stehen. Ihre wirtschaftliche Entwicklung wird nämlich mit einer überproportionalen Zunahme ihres Energieverbrauchs einhergehen. Wir rechnen damit, dass er mit jedem Prozent Wirtschaftswachstum um 1,3 % steigt.

Bei den in der Internationalen Energie-Agentur (IEA) zusammengeschlossenen Industrieländern wird diese Ziffer nach unseren Schätzungen bei voraussichtlich 0,8 liegen. Darin schlagen sich ein gewisser Grad der Sättigung, aber auch die erwartbaren Erfolge einer gezielten Einsparpolitik nieder. Trotzdem bleibt es dabei, dass die Industrieländer bis zum Ende dieses Jahrtausends den Löwenanteil der verfügbaren Energie für sich beanspruchen werden.

¹⁾ Vortrag anlässlich des Symposiums «Energiesparen im Betrieb» der Schweizerischen Aktion Gemeinsinn für Energiesparen (SAGES) in der ETH Zürich am 4. Oktober 1979 (Zwischentitel durch die Redaktion).

²⁾ Internationale Energie-Agentur

Zur gleichen Zeit ziehen die Ölproduzenten die Konsequenzen aus der Begrenztheit der Ölreserven und aus der Fragwürdigkeit des Ölreichtums: Die wichtigsten Ölstaaten haben ihre Erschliessungsprogramme zurückgeschnitten und Förderziele verkündet, die die Reserven schonen.

Frühere Vorausschätzungen gingen oft insgeheim von der Hoffnung aus, die OPEC-Länder würden ihre Produktion notfalls dem steigenden Bedarf anpassen. Dem stehen heute nicht nur die ausdrücklichen politischen Erklärungen dieser Länder entgegen. Vor allem die Reduzierung der Investitionen für Exploration, Erschliessung und Produktion in den klassischen Ölexportländern lässt erkennen, dass es für Fördersteigerungen in naher Zukunft nicht nur am politischen Willen, sondern auch an der physischen Produktionskapazität mangeln wird.

Die Folge ist, dass wir nicht mehr damit rechnen können, dass die OPEC-Länder als Ganzes ihre Förderung wesentlich über das im Juli 1979 erreichte Niveau von gut 31 Mio Barrel/Tag ausweiten werden. Die Grenze dürfte bei etwa 35 Mio Barrel/Tag liegen. Damit steht der ständig wachsende Bedarf an Importöl einer mehr oder minder stagnierenden OPEC-Produktion gegenüber. Nach unseren Vorausschätzungen, die bereits von erheblichen Einsparanstrengungen der IEA-Mitgliedsländer ausgehen, beträgt der Bedarf an OPEC-Öl 1985 etwa 34 Mio Barrel/Tag; nach anderen, teilweise älteren Voraussagen könnte er aber auch gut und gerne 40 Mio, ja sogar bis 52 Mio Barrel/Tag betragen.

Hier baut sich ein unheilvoller Nachfrageüberhang auf. Träte er wirklich ein, so wären weltwirtschaftliche Strukturverwerfungen und Verteilungskämpfe ärgsten Ausmasses unausweichlich.

3. Mögliche Massnahmen auf dem Energiesektor

Der Zusammenbruch der Weltenergiemärkte ist jedoch nicht gottgegeben, sondern vermeidbar. Denn Prognosen oder Szenarien sind nicht mit Fakten zu verwechseln, sondern sie lassen nur erkennen, welche Probleme sich ergeben und welche Aufgaben von uns unmittelbar angepackt werden müssen. Die Alternative besteht in einer graduellen Anpassung an die zu erwartende Versorgungssituation. Dabei müssen wir uns vor Augen halten, dass wir einerseits den Rest unseres Jahrhunderts benutzen müssen, um unsere Energieversorgungsstruktur völlig umzustellen, andererseits aber auch während dieser Zeit für eine ständige Bereitstellung mit Energie sorgen müssen, damit sich dieser Strukturwandel überhaupt und ohne grössere Friktionen für unsere Wirtschaften vollziehen kann.

Angesichts der internationalen Verflechtung der Energiewirtschaften kann es hierbei keine nationalen Alleingänge mehr geben. Keine Volkswirtschaft kann aus diesem Gefüge herausgelöst und für sich allein isoliert betrachtet werden. Denn eine Verbrauchsdrösselung oder risikohafte Umstellung der Energieversorgung mit der Gefahr der Wettbewerbsverzerrungen wird ein Land wie z. B. die Schweiz nur dann unternehmen, wenn sich andere Verbraucherländer wie etwa die Bundesrepublik oder Österreich ähnlichen Anstrengungen unterziehen. So haben alle Bemühungen in einem gewissen Mindestmass an Parallelität zu erfolgen.

Die Mitgliedsländer der IEA haben daher im Hinblick auf die Herausforderung der 80er Jahre Ende 1977 neben einer

Einigung auf eine Beschränkung der OPEC-Ölimporte auf 26 Mio Fass/Tag im Jahre 1985 – eine Zahl, die zurzeit nach unten revidiert wird – zwölf Grundsätze verabschiedet. Sie dienen als gemeinsame Richtlinien für die Verwirklichung der nationalen Energiepolitiken und decken den gesamten Energiesektor ab. Denn Importziele, wie sie jetzt auch auf dem Wirtschaftsgipfel in Tokio verabschiedet und kürzlich in Paris bekräftigt wurden, reichen für sich alleine nicht aus. Zahlen sind schnell hingeschrieben und, wie die Vergangenheit zeigt, genauso schnell vergessen, wenn sie nicht untermauert werden durch ein handfestes energiepolitisches Programm, das von den Mitgliedsländern getragen wird.

Der wohl wichtigste der zwölf Grundsätze, zu denen z. B. auch die Ersetzung schweren Heizöls durch Kohle und Kernenergie gehört, betrifft zweifelsohne die Energieeinsparung. Worum es dabei geht, ist, die Relation zwischen Wirtschaftswachstum und Energieverbrauchszuwachs zu entkoppeln, dass wir nicht, wenn wir 1 % Wirtschaftswachstum haben, automatisch 1 % mehr Energie verbrauchen, wie das in der Vergangenheit der Fall war, sondern dass man davon herunterkommt. Der allgemeine Konsens darüber, dass Energieeinsparung eine gute Sache sei, wird allerdings dann problematisch, wenn – wie das oft geschieht – das Prinzip so hoch gehängt wird, dass alle Beteiligten sich ungehindert darunter durchmogeln können. Denn die eigentlich interessante Frage ist ja nicht, ob wir so für die Energieeinsparung sind oder nicht, sondern es geht letztlich darum, wer wo wann wie und wieviel Energie einsparen kann und wie sich der damit verbundene Nutzen in Abhängigkeit vom Ausmass des Einsparungsziels zu den damit verbundenen Kosten verhält. Hier geht es um eine Vielzahl von Einzelmassnahmen. Energieversorgungssysteme auf der Basis von fossilen Brennstoffen oder Kernenergie kann man sich mit den dazugehörigen energietechnischen Anlagen leicht vorstellen. Energieeinsparung aber ist weder auf energietechnische Anlagen beschränkt noch in dem Sinn vorzeigbar, dass nunmehr Einsparungsapparate in grosser Stückzahl gefertigt oder Standorte auch noch für Einsparungsanlagen gefunden werden müssten, sondern Energieeinsparung kann – mehr oder weniger – überall auf immer neue Weise stattfinden: hier durch Isoliermassnahmen, dort durch Wirkungsgradverbesserungen, dort durch Substitutionen in der Vorleistungsstruktur. Fast jedes Energieeinsparungspotential ist *relativ* geringfügig, aber alle zusammen sind es nicht. Eine der Schwierigkeiten bei jeder Konservierungspolitik ist daher, dass sie immer eine massive Lobby gegen jede einzelne Massnahme haben, die argumentiert: «Aber das bringt doch nur 0,3 oder 0,5 oder 0,7 %, warum denn dann diese Massnahmen?» Ich habe das Argument beispielsweise im Zusammenhang mit den Geschwindigkeitsbegrenzungen gehört und auch neulich von meinem Interviewpartner von Suisse Romande. Dieses Argument gibt es aber nicht nur dort, sondern auch andernorts. Wir müssen uns darüber im klaren sein, dass jede Einzelmassnahme bei der Energieeinsparung immer nur diese 0,5, 0,8 oder 1,2 % bringen wird und dass erst die Addition einer ganzen Reihe von unbequemen Massnahmen zu den 10–15 % weniger Verbrauch führt, die wir als Ergebnis solcher Massnahmen für 1985 für möglich halten. Also auch hier ein komplexer Bereich, bei dem man sehr ins Detail gehen muss, weil es keine

Patentlösung gibt, die man im grossen angehen kann, sondern wo es um viel handfeste Tagesarbeit geht.

Einer der Hauptsektoren, auf den die IEA ihr besonderes Augenmerk richtet, ist die Industrie. Denn auf die Industrie allein entfallen etwa 40 % des gesamten Energieverbrauchs der 20 IEA-Mitgliedsländer, auch wenn der Anteil von einem Land zum anderen variiert. In der Schweiz beträgt er z. B. rund 30 %, während er in Spanien bei rund 53 % liegt. Dieser Anteil wird sich in den meisten Ländern noch leicht erhöhen, auch wenn der spezifische Energieverbrauch, vor allen Dingen aber der Ölverbrauch, abnehmen wird. Dies beruht zum Teil darauf, dass in der Industrie schneller als z. B. in den privaten Haushalten gerechnet wird. Denn der Grundsatz einer jeden gesunden Betriebsführung ist die Minimierung von Kosten. Bei steigenden Energiepreisen heisst dies in erster Linie Minimierung von Energiekosten, die mit knapper werdenden fossilen Primärenergieträgern überproportional steigen. Rationeller Energieeinsatz bedeutet jedoch nicht einfach Energieeinsparung um jeden Preis, sondern Einführung betriebswirtschaftlich vertretbarer Massnahmen zur Reduktion des Bezuges von Endenergieträgern und damit Senkung der Energiekosten ohne Beeinträchtigung, besser noch unter Verbesserung der betrieblichen Funktionen. Voraussetzungen für den rationellen Energieeinsatz sind

- der Verzicht auf Energieverschwendung jeglicher Art in Produktion und Verwaltung, die Bereitschaft, Produktionsprozess energetisch zu optimieren, und

- die Erkenntnis, dass erfolgreiche Energiewirtschaft aus ständiger intensiver Kleinarbeit besteht und sich deshalb nicht in Einzelaktionen erschöpfen kann.

Betriebliche Energiewirtschaft ist also mit Sparappellen des Unternehmungsleiters nicht zu verwirklichen. Sie erfordert vielmehr ein umfassendes und mittelfristig angelegtes Gesamtkonzept, das die Energieflüsse zeigt, die Einsparpotentiale aufdeckt und die wirtschaftliche Realisierbarkeit analysiert. Was für den Betrieb als solchen gilt, gilt auf einer anderen Ebene für die nationale und dann auch für die übernationale Einsparpolitik.

Für letzteres bietet die IEA eine Plattform, auf der die nationalen Erfahrungen ausgetauscht, evaluiert und wenn möglich in gemeinsame Aktionen umgesetzt werden, auch wenn dann die Verwirklichung als solche wieder national zu erfolgen hat. Denn die Unterschiede in der Industriestruktur und der Möglichkeit staatlicher Einflussnahme sind von Land zu Land zu unterschiedlich, als dass irgendwelche Massnahmen einheitlich umgesetzt werden können.

4. Das Verständigungspaket der IEA

Einige der Ansatzpunkte und Massnahmenbündel, auf die sich die IEA-Länder verständigt haben, sind:

- die Aufrechterhaltung eines Energiepreinsniveaus, das zumindest die Weltmarktpreise widerspiegelt. Denn wie ich schon erwähnt habe, sind die Energiekosten das wohl entscheidendste und wirksamste Mittel, den Energieverbrauch im Industriesektor zu reduzieren. Hier muss ich der Schweiz ein Kompliment machen. Im Gegensatz z. B. zu Kanada und zu den USA ist die Schweiz vorbildlich, auch wenn mancher vielleicht meint, zu vorbildlich, wenn er seine jährliche Energierechnung sieht.

- die Bereitstellung von Beratungsdiensten insbesondere für kleine und mittelständische Betriebe. Sie sollen in enger Zusammenarbeit mit Industrie- und Handelskammer und anderen Industriegruppen Informationen, Beratung und gegebenenfalls auch technischen Beistand leisten. Hierzu gehört z. B. auch die Bestellung eines betrieblichen Energiemanagers, wie dies etwa in England schon zum Teil der Fall ist. Denn wir haben herausgefunden, dass mangelnde Information und Beratung in den meisten IEA-Ländern eines der Haupthindernisse für einen effizienteren Energieverbrauch ist.

- die Setzung von betrieblichen oder sektoralen Einsparzielen insbesondere für die energieintensive Industrie, verbunden mit einem Kontrollsystem, das die erreichten Ergebnisse analysiert und noch vorhandene Einsparpotentiale ausfindig macht.

- steuerliche und finanzielle Anreize (z. B. Kredite) für die Anschaffung energiesparender Ausrüstung und Produktionsverfahren, einschliesslich der Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung und der Herstellung langlebiger Konsumgüter. Diese Anreize müssen so attraktiv sein, dass es sich für die Industrie lohnt, dabei mitzumachen; sogenannte «joint ventures» zwischen Staat und Industrie in risikoreichen Sektoren sind z. B. ein möglicher Weg.

- die Auszeichnung von Energiegeräten und Maschinen mit ihren Energieverbrauchswerten. Dies ist eine entscheidende Hilfe nicht nur für den Betrieb, der unter mehreren Maschinen die energieeffizienteste auswählen will, sondern auch für jeden unter uns, der als Verbraucher einen Kühlschrank oder einen Staubsauger kauft.

- eine engere Zusammenarbeit zwischen Staat und Industrie zur rascheren Kommerzialisierung von neuen energiesparenden Technologien.

Dies sind nur einige Beispiele. Die IEA legt bei allen Massnahmen den grössten Wert auf eine partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Staat und Industrie. Unserer Ansicht nach ist es die Aufgabe des Staates, den Rahmen in für die Industrie kalkulierbarer Weise vorzugeben und der Industrie flankierende Hilfe zu leisten, während die Umsetzung als solche im Betrieb zu erfolgen hat. Dasselbe gilt, wie schon erwähnt, für das Verhältnis nationaler und übernationaler Massnahmen. Als ein zentrales Instrument, eine solche internationale Politik voranzubringen, sehen wir das jährliche Überprüfungsverfahren an, bei dem jedes Jahr die Energiepolitik der IEA-Länder von jeweils einem anderen IEA-Land kritisch durchleuchtet wird. In diesem Zusammenhang möchte ich nicht versäumen, die wertvolle Unterstützung und das Engagement eines Schweizers, Herrn Dr. Hans Schmid, zu erwähnen, der als Vorsitzender unserer Energieeinsparungsgruppe so manchem Land «das Fürchten gelehrt hat». Bisher war die Bereitschaft der Mitgliedsstaaten, sich kritisieren zu lassen und sich kritischen Fragen zu stellen und sie auch zu beantworten, relativ positiv. Hierzu zähle ich auch ausdrücklich die Schweiz, die manche Kritik hinnehmen musste, insbesondere im Hinblick auf das Fehlen einer national abgestimmten, alle Verbrauchssektoren umfassenden Einsparpolitik. Wir haben eigentlich nur in einem oder anderen Fall auf bestimmte Sensibilitäten Rücksicht nehmen müssen. Im allgemeinen waren die Mitgliedsstaaten bereit, auch harte Kritik entgegenzunehmen, und das war eigentlich die bisher positivste Erfahrung.

5. Schlussbemerkungen

Als Fazit können wir sagen, dass die Koordinierung der Energiepolitiken in der Agentur gute Fortschritte gemacht hat, wenn wir uns vor Augen halten, dass wir im November 1974 praktisch vom Status Null aus gestartet sind, und kaum fünf Jahre internationale Zusammenarbeit in einem so komplexen Bereich ist nicht sehr viel. Die Koordinierung der Energiepolitik wird als politische Notwendigkeit von den Mitgliedsstaaten anerkannt, gleichzeitig ist sie aber auch nunmehr in eine entscheidende Phase des Handelns und auch der Bewährung eingetreten. Dabei waren und werden auch noch erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden sein. Aus der Verschiedenartigkeit der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Bedingungen in den Mitgliedsstaaten ergeben sich notwendigerweise eine Vielzahl von unterschiedlichen Ansätzen, und es gilt auch, in einer ständigen Anstrengung die gemeinsame Basis zu erhalten.

In der praktischen Zusammenarbeit können wir daher gar nicht nach einer uniformen Politik für die ganze Gruppe von Ländern streben, sondern wir können im Grunde nur danach trachten, die Energiepolitik in den Mitgliedsländern auf einheitliche Zielsetzungen auszurichten, d. h. sie parallelzuschalten. Die konkrete Einbindung muss sich dann nach den spezifischen nationalen Gegebenheiten in einem bestimmten Staat richten.

Die Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit haben sicherlich dazu geführt, dass von den Energiepolitikern die Notwendigkeit einer längerfristigen, über die jeweils laufende Legislaturperiode hinausgehende Strategie akzeptiert wird. Diese gesteigerte Bewusstseinshaltung muss aber jetzt schnellstens in konkrete Aktionen umgesetzt werden, bevor der unmittelbar sichtbare Druck sich wieder verflüchtigt und die Bevölkerung wieder in Sorglosigkeit verfällt. Die Agentur bietet den Regierungen der Mitgliedsländer zwar ein Instrument, ihre Lage zu analysieren, Aktionen zu entwickeln und aufeinander abzustimmen und sich gegen kurzfristige Störungen der Versorgung zu wappnen. Aber Aktionen umzusetzen, die wie Einsparungsmassnahmen unpopulär sind, kann nur Sache der einzelnen Regierungen sein. Diese wiederum haben die Aufgabe, ihre Massnahmen auf die einzelnen Verbrauchssektoren abzustimmen. Dass dies nur in Zusammenarbeit mit den Betroffenen selbst, die ja vor Ort die Energie rationeller einsetzen sollen, geschehen kann, versteht sich von selbst. Nur wenn diese Arbeitsteilung klappt, wird es möglich sein, die Probleme, die wir viel zu lange vor uns hergeschoben haben, in den Griff zu bekommen.

Adresse des Autors

P. Kelly, Abteilungsdirektor der Internationalen Energie-Agentur, Château de la Muette, 2, rue André-Pascal, F-75775 Paris.